

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

---

**Sitzung:** Donnerstag, 28.09.2023

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:14 Uhr

**Ende:** 19:40 Uhr

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

##### Mitglieder

Herr Christoph Bratmann - SPD	Vertretung für: Frau Susanne Hahn
Herr Matthias Disterheft - SPD	
Herr Detlef Kühn - SPD	
Frau Bastian Swalve - SPD	bis 15:20 Uhr; Vertretung für: Frau Sonja Lerche
Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE	bis 15:21 Uhr; Vertretung für: Frau Lisa-Marie Jalyschko
Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE	
Frau Sonja Lerche - SPD	ab 15:20 Uhr
Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE	ab 15:21 Uhr
Frau Heidemarie Mundlos - CDU	
Herr Maximilian Pohler - CDU	
Herr Frank Täubert - CDU	Vertretung für: Herrn Thorsten Köster
Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS	

##### weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS	bis 19:13 Uhr
Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten	
Herr Mathias Möller - FDP	
Herr Stefan Wirtz - AfD	

##### sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU	bis 18:49 Uhr
Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE	
Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE	bis 19:13 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU	bis 19:13 Uhr
Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD	bis 19:13 Uhr
Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD	
Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig	
Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig	
Herr Peter Wolff - Behindertenbeirat Braunschweig	Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

## **Gäste**

Herr Dr.-Ing. Gunnar Bosse - TU Braunschweig  
 Frau Jutta Plinke - Bezirksbürgermeisterin, Stadtbezirksrat 130

## **Verwaltung**

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III  
 Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII  
 Herr Dirk Franke - RefL 0650  
 Herr Stephan Kühl - FBL 60  
 Frau Bianca Winter - RefL 0600  
 Herr Burkhard Wiegel - FBL 66  
 Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600  
 Frau Kristina Ehrenreich - FB 66  
 Herr Lars Lau - FB 66

## **Protokollführung**

Herr Holger Ender - Ref. 0600

## **Abwesend**

### **Mitglieder**

Frau Susanne Hahn - SPD	entschuldigt
Herr Thorsten Köster - CDU	entschuldigt

### **sachkundige Bürger**

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig	entschuldigt
--	--------------

## **Verwaltung**

Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65	entschuldigt
Herr Timo Weichsler - RefL 0660	entschuldigt

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

1 Eröffnung der Sitzung

2 Mitteilungen

3	Anträge	
3.1	Nutzung der Daten aus der Stadtradeln-App	23-22075
3.1.1	Nutzung der Daten aus der Stadtradeln-App	23-22075-01
3.2	E Klima 2022 als verbindliches Regelwerk bei Verkehrsplanungen	23-22076
3.2.1	E Klima 2022 als verbindliches Regelwerk bei Verkehrsplanungen	23-22076-01
3.3	Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt FB 66 Tiefbau und Verkehr / Aufnahme in die TO der Sitzung am 28. September 2023	23-22081
4	Pocket-Park Kannengießerstraße	23-21184
5	Festlegung einer Vorzugsvariante für die weitere Planung eines Ersatzes für den bestehenden Bahnübergang Grünwaldstraße	23-21448
6	Anfragen	
6.1	Sachstand "Fahrradparken am Hauptbahnhof Süd": Anfrage zur Vorlage 23-20470	23-20470-01
6.1.1	Sachstand "Fahrradparken am Hauptbahnhof Süd"	23-20470-02
6.2	Verhängung von Bußgeldern bei gefährdend oder behindernd auf Gehwegen abgestellten e-Scootern	23-22083
6.2.1	Verhängung von Bußgeldern bei gefährdend oder behindernd auf Gehwegen abgestellten e-Scootern	23-22083-01
6.3	Abdeckung des Stadtgebiets mit "carsharing"-Angeboten	23-22085
6.3.1	Abdeckung des Stadtgebiets mit "carsharing"-Angeboten	23-22085-01
6.4	Mündliche Anfragen	

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert über die zur Sitzung eingereichte Dringlichkeitsanfrage der FDP-Fraktion.

Ratsherr Möller bringt für die FDP-Fraktion die Anfrage 23-22170 ein und begründet die Dringlichkeit. Zu einem war durch die erst am 19. September 2023 bekanntgegeben Öffnung des Sammeltaxidienstes der VW-Tochter Moia über ein Lizenzmodell für andere Anbieter eine fristgerechte Einreichung einer Anfrage zu dieser Sitzung nicht möglich. Zum anderen verweist Ratsherr Möller auf den in Erstellung befindlichen Mobilitätsentwicklungsplan (MEP), für den die Maßnahmenauswahl derzeit stattfindet und zeitnah für eine Beschlussfassung vorgesehen ist.

Aus Sicht von Ratsherr Kühn besteht keine Dringlichkeit. Eine Behandlung der Anfrage in der nächstfolgenden Sitzung dieses Ausschusses am 3. November 2023 erachtet er als ausreichend.

Ratsherr Pohler erkennt die Dringlichkeit an und verweist auf eine bevorstehende Beschlussfassung zum MEP.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Dringlichkeit der Anfrage 23-22170 abstimmen.

**Abstimmungsergebnis (zur Feststellung der Dringlichkeit):**

dafür: 3 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Sie stellt fest, dass eine Dringlichkeit der Anfrage 23-22170 durch die Ausschussmitglieder nicht anerkannt wird.

Die Ausschussvorsitzende informiert daran anschließend, dass Ratsfrau Hahn durch Ratsherr Bratmann, Ratsherr Köster durch Ratsherr Täubert und Herr Demirbas durch Herrn Wolff vertreten wird. Ratsfrau Lerche wird zunächst durch Ratsherr Swalve und Ratsfrau Jalyschko zunächst durch Ratsfrau Göring vertreten.

Ausschussvorsitzende Kluth begrüßt als Gäste in dieser Sitzung Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke zu TOP 4 und Herrn Dr.-Ing. Bosse (TU Braunschweig, Institut für Eisenbahnwesen und Verkehrssicherung) zu TOP 5.

Protokollnotiz: Ratsherr Swalve verlässt um 15:20 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 15:20 Uhr an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Göring verlässt um 15:21 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko nimmt ab 15:21 Uhr an der Sitzung teil.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schlägt vor, die Vorlage 23-21184 (TOP 4) wegen terminlicher Verpflichtungen von Stadtrat Herlitschke vorzuziehen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**4. Pocket-Park Kannengießerstraße**

**23-21184**

Stadtrat Herlitschke erläutert die mit dem Behindertenbeirat abgestimmten Standards für Sitzbänke, die eine Rückenlehne, Armlehnen und eine erhöhte Sitzposition vorsehen.

Ratsfrau Jalyschko kündigt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Zustimmung zur Vorlage 23-21184 an und regt die Berücksichtigung vielfältiger Sitzelemente für unterschiedliche Nutzergruppen an.

Zum Entfall von Parkplätzen in der Kannengießerstraße erinnert sie an mehrere Parkhäuser,

die in kurzer und zumutbarer Entfernung zur Kannengießerstraße liegen. Durch den Pocket-Park erhält die Innenstadt ein Mehr an Begrünung, schattige Orte und Ruheorte, die die Qualität der Innenstadt und für die Anwohnenden erhöhen.

Ratsfrau Mundlos beantragt, die Vorlage passieren zu lassen und begründet ihren Antrag mit einer bis zur Beschlussfassung im Umwelt- und Grünflächenausschuss (UGA) erforderlichen Klärung offener Fragen durch die Verwaltung hinsichtlich der Einplanung von Rigolen, Gestaltung von Sitzbänken, Beschaffenheit der Wegeoberflächen und dem erheblichen Wegfall von Parkplätzen. Mit dem aktuellen Kenntnisstand erklärt sie für die CDU-Fraktion die Ablehnung der Vorlage 23-21184 in der heutigen Sitzung dieses Ausschusses.

Ratsherr Kühn kündigt die Unterstützung des Antrags auf passieren lassen an, obgleich er die Begründung nicht nachvollziehen kann.

Ratsfrau Kluth unterstreicht die Bedeutung der Belange von Zufußgehenden und bittet, in der Ausführungsplanung für den Pocket-Park zu berücksichtigen, dass Radfahrende den Bereich nicht befahren und dieser entsprechend gekennzeichnet wird.

Stadtrat Herlitschke sagt zu den nachgefragten Aspekten weitergehende Informationen zur Sitzung des UGA zu, macht aber gleichzeitig deutlich, dass sich das Projekt noch in einem sehr frühen Planungsstadium befindet. In Bezug auf den Wegfall von Parkplätzen erinnert er an eine Mitteilung der Verwaltung, dass die innerstädtischen Parkhäuser auch zur Weihnachtszeit in der Regel nicht voll ausgelastet sind und ausreichend Parkraum zur Verfügung steht.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Antrag auf passieren lassen der Vorlage 23-21184 abstimmen.

#### **Beschluss:**

~~„Der Realisierung und Ausgestaltung von Braunschweigs erstem Pocket Park auf dem bestehenden öffentlichen Parkplatz an der Kannengießerstraße wird vorbehaltlich der Einziehung des Parkplatzes Kannengießerstraße zugestimmt.“~~

#### **Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf passieren lassen):**

dafür: 11    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

## **2. Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

## **3. Anträge**

<b>3.1. Nutzung der Daten aus der Stadtradeln-App</b>	<b>23-22075</b>
<b>3.1.1. Nutzung der Daten aus der Stadtradeln-App</b>	<b>23-22075-01</b>

Ratsherr Dr. Plinke bringt den gemeinsamen Antrag 23-22075 der Fraktion SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN ein und begründet diesen.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Stellungnahme 23-22075-01.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die kostenfrei verfügbaren Daten aus dem Stadtradeln für Braunschweig für die Jahre 2022 und 2023 abzurufen und dem AMTA und den Teilnehmenden an der Mobilitätsentwicklungsplanung in geeigneter und idealerweiser digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

#### **Abstimmungsergebnis zu Antrag 23-22075:**

dafür: 11    dagegen: 0    Enthaltungen: 0

## **Ergebnis zu Stellungnahme 23-22075-01:**

Die Stellungnahme 23-22075-01 wird zur Kenntnis genommen.

**3.2. E Klima 2022 als verbindliches Regelwerk bei Verkehrsplanungen** 23-22076

**3.2.1. E Klima 2022 als verbindliches Regelwerk bei Verkehrsplanungen** 23-22076-01

Ratsfrau Kluth bringt den Antrag 23-22076 für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN ein und begründet diesen.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Stellungnahme 23-22076-01.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 16:26 Uhr die Sitzung.

Aus Sicht von Ratsherr Möller ist der Antrag mit Blick auf den Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) kontraproduktiv, weshalb er um Ablehnung des Antrags bittet.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 16:29 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Mundlos schließt sich den Ausführungen von Ratsherr Möller an. Sie ergänzt unter Verweis auf die Stellungnahme 23-22076-01, dass Planungen insbesondere im Bestand immer Kompromisslösungen darstellen müssen. Insofern kann das „E Klima 2022“ für Verkehrsplanungen nicht verbindlich zugrundlegt werden. Sie kündigt eine Ablehnung des Antrags 23-22076 an.

Bürgermitglied Dr. Schröter erläutert, dass der bisherige Schwerpunkt der Forschungsgesellschaft auf dem (störungsfreien) motorisierten Verkehr lag, im Kontext des Klimawandels nunmehr jedoch der Umweltverbund gestärkt werden soll. Aufgrund langwieriger Abstimmungsprozesse zur Änderung und Anpassung von Richtlinien an die aktuellen Erfordernisse wurde als Zwischenschritt die „E Klima“ entwickelt. Während der MEP eine gesamtstädtische Orientierung darstellt, bezieht sich „E Klima“ auf Detailmaßnahmen. Ein Beschluss des Antrags zur Anwendung des Regelwerks würde von Bürgermitglied Dr. Schröter daher begrüßt werden.

Auf seine Nachfrage informiert Stadtbaudirektor Leuer, dass die bundesweit ermittelten Daten zur Veränderung der Motorisierung der Menschen Grundlage des Verkehrsmodells des MEP sein werden. Der Rückgang des MIV ist für Stadtbaudirektor Leuer zudem abhängig vom Maßnahmenbündel (bspw. Optimierung von ÖPNV-Angebot und Radverkehrsnetz) im Verkehrsmodell, das eine Wirkung auf den Modal Split haben wird.

Zur weiteren Frage der Priorisierung der Lichtsignalanlagen mit Schwerpunkt auf den Umweltverbund verweist Stadtbaudirektor Leuer auf die (fast) vollständige Bevorrechtigung der Stadtbahn und das Projekt zur Beschleunigung des Busverkehrs. Die Optimierung der Lichtsignalanlagen für den Radverkehr ist Gegenstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs „Radverkehr in Braunschweig“ und wird regelmäßig überprüft.

Für Bürgermitglied Dr. Wendenburg zeigen die Ausführungen der FDP- und CDU-Fraktion ein fehlendes Verständnis für erforderliche Maßnahmen zum Klimaschutz, da die „E Klima 2022“ als „Stand der Technik“ gilt, der von Wissenschaft, Wirtschaft und Betroffenen erarbeitet wurde.

Ratsherr Wirtz verweist auf die Aussage in der Stellungnahme 23-22076-01, wonach die „E Klima 2022“ bei der Verwaltung bereits Anwendung findet und ein Ratsbeschluss nicht erforderlich erscheint.

Ratsherr Dr. Plinke erklärt aufgrund der Ausführung der Verwaltung zur Anwendung der „E Klima 2022“, den Antrag 23-22076 zurückzuziehen.

Ratsfrau Kluth ergänzt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, dass der Antrag 23-22076 für die gesamte Gremienschiene zurückgezogen wird.

**Beschluss zu Antrag 23-22076:**

Das Regelwerk "E Klima 2022" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) wird allen Verkehrsplanungen verbindlich zugrunde gelegt. Dies gilt ebenso für alle möglichen noch folgenden Aktualisierungen. Abweichungen von den Standards dieses Regelwerks sind in den jeweiligen Beschlussvorlagen darzustellen und zu begründen.

**Ergebnis zu Antrag 23-22076:**

Der Antrag wird von der Antragstellerin für die gesamte Gremienschiene zurückgezogen.

**Ergebnis zu Stellungnahme 23-22076-01:**

Die Stellungnahme 23-22076-01 wird zur Kenntnis genommen.

**3.3. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt FB 66 Tiefbau und Verkehr / Aufnahme in die TO der Sitzung am 28. September 2023** 23-22081

Ratsfrau Jalyschko bringt den Antrag 23-22081 ein und begründet diesen.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 16:49 Uhr die Sitzung.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert, dass bei der Globalen Minderausgabe nur Personalkosteneinsparungen geltend gemacht wurden, die sich aufgrund nicht besetzter Stellen (durch Fachkräftemangel) ergeben haben. Es sind keine zusätzlichen Personalkosteneinsparungen vorgenommen worden. Die geplanten Einsparungen haben keine Auswirkungen auf die Arbeit der Fachverwaltung. Aufgrund der Nichtbesetzung von Stellen sieht sich die Verwaltung jedoch vor der Herausforderung, alle Aufgaben zeitgerecht auszuführen. Die Aufgaben werden im Wesentlichen durch hohes Engagement der Mitarbeitenden erledigt. Durch die Globale Minderausgabe werden wichtige Aufgaben und Projekte, die vom Rat beschlossen wurden, nicht behindert oder verzögert.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 16:51 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Kluth bittet die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses eine Übersicht der von einer Verzögerung betroffenen (beschlossenen) Projekte vorzulegen.

Stadtbaudirektor Leuer sagt dies zu.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht im Anschluss an die Abstimmung über den Antrag 23-22081 die Sitzung von 16.54 Uhr bis 17.05 Uhr für eine Sitzungspause.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS) in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben am 28. September 2023 den Punkt „Globale Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023“ aufzunehmen. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird die Verwaltung gebeten, die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von aktuell 16.509.868 Euro im Haushaltsjahr 2023 (siehe Mitteilung 23-22033 vom 01.09.2023) für den Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr (Dezernat III) näher zu erläutern.

Diese Erläuterung sollte insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Wie kommen die jeweiligen Minderaufwendungen oder Mehrerträge der einzelnen Sparmaßnahmen zustande?
2. Welche Auswirkungen auf die Arbeit der Fachverwaltung haben die geplanten Einsparungen?

gen, insbesondere die beim Personalaufwand?

3. Werden durch die geplanten Einsparungen wichtige Aufgaben und Projekte, die vom Rat politisch beschlossen wurden, behindert oder verzögert?

**Ergebnis:**

Der Antrag wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten. Eine Abstimmung über den Antrag 23-22081 erfolgte nicht.

**5. Festlegung einer Vorzugsvariante für die weitere Planung eines Ersatzes für den bestehenden Bahnübergang Grünwaldstraße 23-21448**

Ratsfrau Arning beantragt, die abschließende Beschlussfassung über die Festlegung einer Vorzugsvariante auf den Rat zu übertragen.

Ratsherr Bratmann erklärt, dass in diesem Ausschuss sowohl in Bezug auf die Ratsmitglieder, als auch Bürgermitglieder Expertise für eine Entscheidung vorhanden ist. Für die SPD-Fraktion erklärt er die Angelegenheit für entscheidungsreif. Einen Mehrwert durch eine Entscheidung im Rat vermag er nicht zu erkennen.

Ratsherr Pohler erklärt für die CDU-Fraktion die Unterstützung des Antrags von Ratsfrau Arning. Durch die umfassende Diskussion in der Öffentlichkeit zeigt sich für ihn die stadtweite Bedeutung dieser Entscheidung.

Ratsherr Dr. Plinke spricht sich für eine Entscheidung in der heutigen Sitzung dieses Ausschusses aus, da die Entscheidung in einer fachlichen Tiefe beruhen sollte, die nach seiner Auffassung im Rat wahrscheinlich nicht erreicht wird.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Antrag auf Verweisung an VA und Rat abstimmen und stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wird.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage 23-21448 und ordnet ein, dass die Deutsche Bahn AG für die Planung verantwortlich ist und die Stadt Braunschweig als Trägerin öffentlicher Belange im Verfahren beteiligt hat. Die Gremienentscheidung wird die Verwaltung an die Bahn AG übermitteln, die selbst das Planfeststellungsverfahren mit dem Eisenbahnbusdienstamt durchführen wird. Im Zuge des Planfeststellungserfahrens wird die Verwaltung dann nochmals beteiligt.

Frau Ehrenreich erläutert die verschiedenen Aspekte der Variantenuntersuchung anhand einer Präsentation.

Protokollnotiz: *Die in der Sitzung gezeigte Präsentation wurde im Nachgang der Sitzung protokollarisch im Ratsinformationssystem Allris eingebunden: <https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1074574>*

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg erklärt Stadtbaurat Leuer, dass Bahnanlage und Unterführung nicht im Überschwemmungsgebiet liegen. Die Verwaltung geht nach aktuellem Kenntnisstand davon aus, dass es keine Grundwasserproblematik gibt. Die wird aber bei der Planung der Anlage nochmals im Detail betrachtet.

Stadtbaurat Leuer teilt die Erwartung von Ratsfrau Arning einer dichten Vernetzung der Verkehrswege. Im Falle eines Beschlusses der Variante 1 müssen alle Fahrtrichtungen befahrbar sein. Dabei ist auch die soziale Sicherheit zu berücksichtigen.

Zur Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke zur Freigabe des Bahnübergangs und dem Vitalitätszustand der von der Maßnahme betroffenen Bäume informiert Stadtbaurat Leuer, dass die Bahn AG zu einem Freigabetermin keine konkrete Aussage getroffen hat. Die Bäume sind nach seiner Kenntnis schwach geschädigt und bedürfen deshalb in den nächsten Jahren nicht zwingend einer Entfernung.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 18:10 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 18:13 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 18:15 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 18:17 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtbaudirektor Leuer bestätigt auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke, dass der Bahnübergang ab Ende 2024 geschlossen wird und auch eine nur temporäre Öffnung des Bahnübergangs mittels Postensicherung nicht erfolgen wird.

Aus Sicht von Bürgermitglied Schroth ist aufgrund der langen Sperrzeit des Bahnübergangs eine Umleitungslösung für Fuß- und Radverkehr erforderlich, die sowohl die Belange der Zu Fußgehenden als auch der Radfahrenden hinreichend berücksichtigt.

Ratsherr Pohler kündigt für die CDU-Fraktion das Votum für die Variante 0+ an. Er begründet dies mit einer deutlich verbesserten Schließzeit des Bahnübergangs und einem deutlich geringeren Eingriff in den Natur- und Umweltschutz sowie der Berücksichtigung der Belange der Anwohnenden. Der Wunsch nach einem flüssigen Fahrradverkehr ist nachvollziehbar, kann aber nach seiner Auffassung den bei Variante 1 erforderlichen Eingriff nicht aufwiegen. Die Umfahrung des Bahnübergangs bezeichnet er aufgrund der geringen Streckenlänge als hinnehmbar. Abschließend erklärt Ratsherr Pohler die Erwartung an die Verwaltung, ein Konzept zur Gewährleistung der künftigen Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu entwickeln.

Ratsherr Wirtz verweist auf die ermittelte Verkehrsfrequenz im Bereich des Bahnübergangs. Bei dem bestehenden Bahnübergang besteht für eine aus seiner Sicht nur geringen Anzahl an Nutzenden das Risiko, einige Minuten warten zu müssen. Dies rechtfertigt nach Ansicht der AfD-Fraktion die Unterführung nicht. Ratsherr Wirtz erinnert an eine Aussage der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zur Vorlage 23-21184, nach der 100 Meter Fußweg als zumutbar angesehen wurden. Dies sollte gleichermaßen auch für Radfahrer bei Umfahrung des Bahnübergangs gelten. Er erwartet, dass die Nutzenden im Falle der mehrjährigen Schließung des Bahnübergangs dauerhaft eine andere Wegstrecke wählen. Der Bahnübergang ist daher für ihn insgesamt die beste Lösung.

Ratsfrau Arning führt aus, dass aus Sicht der BIBS-Fraktion einzelne Aspekte der Variantenabwägung (z. B. Fußverkehr, Verkehrssicherheit, Soziale Sicherheit) zugunsten der Unterführung gewichtet wurden. Zudem hat sich bei der Bürgerbeteiligung eine deutliche Mehrheit für die Variante 0+ ausgesprochen, weshalb dies ein wichtiges Kriterium für die Entscheidung sein sollte. Velorouten bezeichnet Ratsfrau Arning als wichtig für die Verkehrswende, schränkt aber ein, dass diese Strecke keine Veloroute ist und aufgrund ihrer multiplen Nutzung keine Veloroute sein kann. Die in unmittelbarer Nähe verlaufende Berliner Straße bietet hingegen ausreichend Platz und Potential. Als weitere Argumente für die 0+-Variante nennt Ratsfrau Arning eine aus ihrer Sicht nur geringe Zeitverzögerung durch Umfahrung über Berliner Straße oder Ebertallee und eine fehlende Klimawirkungsanalyse. Sie appelliert an die Ausschussmitglieder, für die Variante 0+ zu stimmen.

Aus Sicht von Ratsherr Kühn trifft dieser Ausschuss in Bezug auf die Leichtigkeit des Verkehrs auf Schiene, Straße, Rad- und Fußweg eine Infrastruktur-Entscheidung mit einem Horizont von mindestens 80 Jahren. Er wünscht sich deshalb eine langfristige Lösung, die Verkehre entflechtet, sicher macht und einen langfristigen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Dies wird nach seiner Bewertung durch Variante 1 erfüllt. Die Veloroutenplanung der Stadt blendet Berliner Straße und Ebertallee als mögliche Veloroutenkorridore aus verschiedenen Gründen vollständig aus, weshalb die vorgeschlagene Umfahrung auf diesen Strecken für ihn nicht in Betracht kommt. Darüber hinaus erinnert Ratsherr Kühn in Bezug auf die Sicherheit im Bahnverkehr an die Vorgaben des Eisenbahnkreuzungsgesetzes, bei Neu- und Umbau bodengleiche Querungen zu vermeiden und den ursprünglichen Vorschlag der Bahn AG zum Bau einer Unterführung.

Abschließend differenziert Ratsherr Kühn, dass die Mitglieder dieses Ausschusses gesamtstädtisch urteilen und eine Abstimmung hier im Vergleich zu den Stadtbezirksräten mit eher kleinräumigen Aspekten und Argumenten anders ausfallen können.

Ratsherr Dr. Plinke erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Zustimmung zu Variante 1 und begründet dies mit der gesamtstädtischen Perspektive. Aus seiner Sicht handelt es sich nicht nur um einen lokalen beschaulichen Ort zum Spazieren gehen, sondern um eine Radverkehrsachse. Die alternative Variante 0+ hat für ihn mit Blick auf die Schrankenschließzeiten, die mit künftigen Güterverkehren unkalkulierbarer werden, gravierende Nachteile und birgt zudem das Risiko, dass sich Nutzende andere, gefährlichere Umwege suchen. Zudem sind nach seiner Auffassung Umweg für Radfahrende oder Zufußgehende nicht zumutbar. Demgegenüber sieht er als weiteren Vorteil der Variante 1 die Möglichkeit eines zusätzlichen Bahnsteigzugangs und eine Anbindung an den Ringgleisweg.

Unter Berücksichtigung der Nutzungszeit von 80 Jahren erachtet Ratsherr Dr. Plinke den Impact auf das Klima durch die Verwendung von Beton zur als akzeptabel. Hinsichtlich des Entfalls von Bäumen verweist er auf den Konflikt von Realisierung umweltfreundlichen Mobilität und lokalem Baumschutz, der jedoch die Umsetzung der Verkehrswende nicht behindern darf.

Bürgermitglied Schroth erklärt für die Mobilitätsverbände die Zustimmung zur Variante 1 und merkt an, dass bei Umsetzung der Variante 0+ die Veloroute 3 nicht umgesetzt werden kann. Sie äußert sich kritisch über den in den vorangegangenen Wochen von Befürwortenden der Variante 0+ teilweise diffamierenden und respektlosen Umgang und erhofft sich für die Zukunft eine sachliche Debatte.

Ratsfrau Mundlos zeigt sich irritiert über die fehlende Akzeptanz des Bürgervotums von 90 Prozent für die Variante 0+ und der fehlenden Berücksichtigung der Aspekte Klimaschutz, Flächenversiegelung und CO<sub>2</sub>-Auswirkung von Beton, die einem Zeitgewinn von lediglich 2 Minuten für Radfahrende untergeordnet werden. Sie hält für sich fest: Radfahrende sind wichtiger als Natur- und Klimaschutz.

Bürgermitglied Dr. Wendeburg erklärt zur Zustimmung von 90 Prozent der Beteiligten für die Variante 0+, dass sich von 250.000 Bürgerinnen und Bürgern Braunschweigs damit etwa 500 Personen beteiligt haben und das Ergebnis für ihn damit in keiner Form repräsentativ ist. Die aus der Bürgerbeteiligung zu den Varianten erhaltenen Rückmeldungen wurden jedoch für die Entscheidungsfindung abgewogen.

Unter Bezugnahme auf den Entfall von 34 Bäumen erklärt Bürgermitglied Dr. Wendeburg, dass für den Umbau Braunschweigs zu einer klimagerechten Stadt und zur Umsetzung aller Ausbauziele wie beispielsweise für Straßen, Radwege und Wohngebiete auch künftig Konflikte auftreten werden und verweist in diesem Kontext auf die gesetzlichen Vorschriften zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die Relevanz von 34 Bäumen für den globalen Klimaschutz stuft er als verschwindend gering ein. Eine Entscheidung gegen Variante 1 verbaut für die Zukunft eine Mobilitätsentwicklung zu einem besseren, einfacheren Fuß- und Radverkehr, ohne die Finanzen der Stadt übermäßig zu belasten. Im Interesse der Gesamtstadt kann die Entscheidung aus seiner Sicht deshalb nur zugunsten der Variante 1 fallen.

Ratsfrau Jalyschko erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass der Wert der Bäume unbestritten, allerdings eine Abwägung unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und Sicherheit eines wichtigen Verkehrsknotenpunkts der bereits jetzt intensiv genutzten Route für den Fuß- und Radverkehr zu treffen ist. Sie verweist ergänzend auf die Umweltsensibilität des Fuß- und Radverkehrs, die andere Verkehrsträger in dieser Form nicht haben. Neben der Verbesserung der Querung für den Rad- und Fußverkehr werden durch Variante 1 zudem auch optimale Bedingungen für den Schienenverkehr geschaffen.

Ratsherr Bratmann hebt zunächst die notwendige Entwicklung in den Bereichen Mobilitätswende, Energiewende und Wärmewende hervor. Alle Aspekte machen Infrastrukturmaß-

nahmen erforderlich und führen zu Konflikten mit örtlich Betroffenen. Die stärkere Frequenzierung des Bahnhofs Griesmarode, die Sicherstellung der guten Erreichbarkeit aus dem östlichen Ringgebiet und auch die Bedeutung der Route für den Radverkehr ist für Ratsherr Bratmann von großer Bedeutung. Er spricht sich deshalb für die Variante 1 als zukunftsweisendere und unter dem Sicherheitsaspekt bessere Lösung aus.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Beschlussvorschlag 2 (Variante 1) der Vorlage 23-21448 abstimmen, da dieser der weitergehende ist. Sie stellt fest, dass der Beschlussvorschlag 2 angenommen wurde. Eine Abstimmung über Beschlussvorschlag 1 erfolgt hiernach nicht mehr.

Protokollnotiz: Im Anschluss an die Abstimmung über die Vorlage 23-21448 unterbricht Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Sitzung von 19.13 Uhr bis 19.23 Uhr für eine Sitzungspause.

### **Beschluss:**

#### **Beschlussvorschlag 1:**

~~„Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung der Variante 0+ mit Wiederherstellung eines Bahnübergangs mit zusätzlichen Signalen zur Optimierung der Schrankenschließzeiten als Vorzugsvariante der Stadt Braunschweig gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG und dem Regionalverband Großraum Braunschweig weiter voranzutreiben.“~~

#### **Beschlussvorschlag 2:**

**“Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung der Variante 1, den Ersatz des Bahnübergangs Grünwaldstraße durch eine geradlinige Geh- und Radwegunterführung, als Vorzugsvariante der Stadt Braunschweig gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG und dem Regionalverband Großraum Braunschweig weiter voranzutreiben.“**

#### **Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Vorlage an VA und Rat):**

dafür: 3      dagegen: 8      Enthaltungen: 0

#### **Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorschlag 2 (Variante 1):**

dafür: 8      dagegen: 3      Enthaltungen: 0

## **6. Anfragen**

**6.1. Sachstand "Fahrradparken am Hauptbahnhof Süd":** **23-20470-01**  
**Anfrage zur Vorlage 23-20470**

**6.1.1. Sachstand "Fahrradparken am Hauptbahnhof Süd"** **23-20470-02**

Herr Wiegel beantwortet die Anfrage 23-20470-01 mit der Stellungnahme 23-20470-02.

#### **Ergebnis:**

Die Stellungnahme 23-20470-02 wird zur Kenntnis genommen.

**6.2. Verhängung von Bußgeldern bei gefährdend oder behindernd auf Gehwegen abgestellten e-Scootern** **23-22083**

**6.2.1. Verhängung von Bußgeldern bei gefährdend oder behindernd auf Gehwegen abgestellten e-Scootern** **23-22083-01**

Herr Wiegel beantwortet die Anfrage 23-22083 mit der Stellungnahme 23-22083-01 der Ordnungsverwaltung.

#### **Ergebnis:**

Die Stellungnahme 23-22083-01 wird zur Kenntnis genommen.

<b>6.3. Abdeckung des Stadtgebiets mit "carsharing"-Angeboten</b>	<b>23-22085</b>
<b>6.3.1. Abdeckung des Stadtgebiets mit "carsharing"-Angeboten</b>	<b>23-22085-01</b>

Herr Wiegel beantwortet die Anfrage 23-22085 mit der Stellungnahme 23-22085-01.

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 23-22085-01 wird zur Kenntnis genommen.

**6.4. Mündliche Anfragen**

Die von Bürgermitglied Dr. Schröter unter Bezugnahme auf die Mitteilung außerhalb von Sitzungen 23-20444-01 im Vorfeld dieser Sitzung angekündigte mündliche Anfrage wird durch die Umwelt- und Grünflächenverwaltung in Form einer Protokollnotiz beantwortet.

**Protokollnotiz:**

Frage: Welche Schadstoffe sind dort in welcher Konzentration vorhanden?

*Antwort: Im Rahmen der durchgeführten Baugrunduntersuchung wurden in dem vorhandenen Asphaltbelag sowie der direkt darunter folgenden Tragschicht erhöhte Konzentrationen an polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (sog. PAK) festgestellt, die gemeinhin als „Teer“ bezeichnet werden. PAK sind krebserregend, können das Erbgut verändern und haben fortpflanzungsgefährdende Eigenschaften. In dem Asphaltbelag wurden PAK-Konzentrationen von maximal 38 mg/kg festgestellt. In dem Tragschichtmaterial wurde eine erhöhte PAK-Konzentration von 41 mg/kg analysiert.*

Frage: Wieso durften dort Schadstoffe im Untergrund verbaut werden, obwohl dieser Bereich früher im Wasserschutzgebiet lag und liegt hierfür eine Genehmigung vor?

*Antwort: In Westdeutschland wurden teerhaltige Materialien bis in die 1980er Jahre für den Straßenbau eingesetzt, bevor die Verwendung 1984 verboten wurde. Die Wasserschutzgebietsverordnung für das Wasserwerk Lamme, über welche die Verwendung wassergefährdender, auswasch- und auslaugbarer Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau verboten wurde, stammt aus dem Jahr 1986. Eine Genehmigung zum Einbau teerhaltiger Straßenbaustoffe hätte also bereits seit 1984, spätestens jedoch ab 1986 nicht mehr erteilt werden können. Es wird aktuell davon ausgegangen, dass der Einbau vor dem Verbot erfolgt ist.*

Frage: Muss die Feldmarkinteressentschaft Lamme (als Eigentümerin) diese Schadstoffe umgehend entfernen, um das Grundwasser vor Verunreinigungen und Menschen vor Gesundheitsschäden zu schützen sowie eine Belastung der landwirtschaftlich angebauten Produkte zu vermeiden?

*Antwort: Die im Straßenbelag und der Tragschicht vorhandenen PAK liegen in gebundener Form als Bindemittel vor. Eine relevante Freisetzung von Schadstoffen aus dem Asphalt in das Grundwasser ist nicht zu befürchten. Bei verbleibender Asphaltversiegelung ist auch eine Freisetzung von Schadstoffen aus der Tragschicht nicht abzuleiten. Ein Handlungsbedarf zum Schutz des Grundwassers oder der menschlichen Gesundheit ergibt sich aktuell nicht. Anders sieht es im Rahmen von Umbau- oder Sanierungsmaßnahmen aus, bei denen Abfälle aus der vorhandenen Oberflächenbefestigung anfallen. Diese wären gemäß den in Niedersachsen geltenden Vorgaben einer geordneten Entsorgung als „gefährlicher Abfall“ zuzuführen. Die Werte zur Abgrenzung von „gefährlichem“ und „nicht gefährlichem Abfall“ liegen dabei für den Asphalt bei 25 mg/kg PAK und bei dem Boden- bzw. Tragschichtmaterial bei 30 mg/kg PAK.*

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 19:40 Uhr.

gez. Kluth  
Kluth  
- Vorsitz -

gez. Leuer  
Leuer  
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke  
Herlitschke  
- Stadtrat -

gez. Ender  
Ender  
- Schriftführung -